



# FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament  
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament  
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.eu>  
<http://www.cducusu.eu>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Straßburg, 27. September 2007

Andreas Schwab (EVP-ED/CDU):

## **Keine Schnellschüsse beim europäischen Haftungsrecht**

Der Ausgang der heutigen Plenarabstimmung über die Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen ist beim stellvertretenden Koordinator im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments, Andreas Schwab, auf Zustimmung gestoßen: "Die im Bericht mehrfach betonte Behauptung, dass die Verwirklichung des Dienstleistungsverkehrs im Binnenmarkt deutlich hinter der des Warenverkehrs zurückbleibt und hier insofern Nachholbedarf besteht, stimmt so allerdings nicht. Vielmehr hat die Umsetzung bereits beschlossener Gemeinschaftsrechtsakte wie der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Richtlinie über den Binnenmarkt für Dienstleistungen zunächst einmal Vorrang, bevor neue Rechtsakte eingeleitet werden".

Der CDU-Europaabgeordnete aus Baden-Württemberg begrüßte deshalb die Entscheidung des Parlaments, die EU-Kommission derzeit nicht zur Vorlage einer entsprechenden horizontalen Richtlinie aufzufordern. "Ich stehe der Schaffung eines solchen Haftungsrechts auf europäischer Ebene sehr skeptisch gegenüber. Die jetzt vorliegenden Verordnungsentwürfe für ein Übereinkommen über das auf vertragliche Verhältnisse anzuwendende Recht (ROM I) und zu den außervertraglichen Schuldverhältnissen (ROM II) regeln klar, dass sich die finanzielle Verantwortung im Schadensfall nach dem Internationalen Privatrecht richtet", erklärte Schwab. Dies bedeute, dass die finanzielle Verantwortung sich nach dem jeweils geltenden Recht des Mitgliedstaats richtet, in dem der Schadensfall eingetreten ist. Für Ansprüche aus einem Behandlungsvertrag gelte dagegen das Recht desjenigen Mitgliedstaats, in dem der Patient seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Der EVP-Binnenmarktpolitiker zeigte sich zudem erfreut, dass die von der Kommission vorgesehene Einführung so genannter Verhaltenskodizes vom Plenum nicht unterstützt wurde. "Dies ist meiner Auffassung nach nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar und wäre auch nicht kohärent mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Darin ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit der Kommission gemeinsam Verhaltenskodizes ausarbeiten. Dabei sollten wir es belassen."

### **Für weitere Informationen:**

**Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2837938**  
**EVP-ED-Pressestelle, Knut Gölz, Tel.. +32 - 479 - 972144**

---

**CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament**  
Knut Gölz, M.A. / M.E.L.S., Tel.: +32 - 2 - 28 41341 oder +32 - 479 - 972144 (GSM)  
Thomas Bickl, M.A. Tel.: +32 - 2 - 28 32002 oder + 32 - 478 - 21 53 72 (GSM)  
Lasse Böhm, Tel.: +32 - 2 - 28 40774 oder +32 - 484 - 65 68 97 (GSM)  
Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044